

REZENSION

Wahlforschung in Deutschland: Weitreichender Konsens als Bremser innovativer Erklärungen? Ein Rezensionssessay

Rainer-Olaf Schultze

Wahlanalysen gehören zum Kernbestand politikwissenschaftlich-soziologischer Forschung. Sie können sich nicht nur zu Wahlzeiten eines besonderen Interesses sicher sein – und zwar unabhängig von der Zielsetzung, die sie verfolgen (angewandte Demokratieforschung und Politikberatung versus Grundlagenforschung), und vom Adressatenkreis, den sie ansprechen (politisch interessierte Öffentlichkeit und politische Akteure versus scientific community). Die unterschiedliche Ausrichtung hat Konsequenzen für Themenwahl und Fragestellungen, die in den Untersuchungen behandelt werden, für die Wahl des Abstraktionsgrades, aber auch für das Publikationsmedium und das Erscheinungsdatum. Insofern kann man – cum grano salis – drei Typen unterscheiden:

(1) Analysen des Wählerverhaltens, überwiegend deskriptiv und auf einfachen Korrelationszusammenhängen basierend, die sich an die politisch interessierte Öffentlichkeit richten; sie werden zunächst vor, am und nach dem Wahltag von den Instituten, beispielsweise von der Forschungsgruppe Wahlen oder von Infratest dimap, und unter journalistischer Mitwirkung beziehungsweise Mitverantwortung in den elektronischen und Printmedien veröffentlicht, sodann zeitnah als „Wahlreport“ oder als „Bericht“¹ und später in erweiterter Fassung als wissenschaftlicher Aufsatz in Zeitschriften oder Sammelbänden publiziert.

(2) Sammelbände, vielfach auf Konferenz-Beiträgen basierend, die zumeist im Folgejahr nach der Bundestagswahl vorliegen; sie richten sich gleichfalls an eine größere Öffentlichkeit und zielen insbesondere auf die politische Akteurs-, Kommentatoren- wie wissenschaftliche Fach-Öffentlichkeit; sie sind thematisch breiter angelegt, nehmen den Wahlprozess als Ganzes in den Blick und fragen – bei je nach Herausgeber(n) allerdings unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen – nach Voraussetzungen und Konsequenzen von Wahl und Wählerverhalten, vor allem auch für die Parteien(system)entwicklung, die Regierungs- und Koalitionsbildung wie den Policy-Wandel. Bezogen auf die vorangegangene Wahl von 2009 legten solche Bilanz-Bände unter anderem *Eckhard Jesse* und *Roland Sturm* vor, die „Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen“ (so der Untertitel) thematisieren, *Karl-Rudolf Korte* mit „Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung“, *Heinrich Oberreuter*, der den Wandel von Wahlfunktionen, Wählerverhalten, Parteien und Koalitionen unter dem schönen Titel „Am Ende der Gewissheiten“ in dem von

1 Für die letzten beiden Bundestagswahlen vgl. Infratest dimap, Wahlreport Bundestagswahl. Eine Analyse der Wahl vom 27. September 2009, Berlin 2009; dies., Wahlreport Bundestagswahl. Eine Analyse der Wahl vom 22. September 2013, Berlin 2013; Forschungsgruppe Wahlen e.V. (Hrsg.), Bundestagswahl 2009. Eine Analyse der Wahl vom 27. September 2009, Mannheim 2009 (Berichte der Forschungsgruppe Wahlen, Nr. 138); dies., Bundestagswahl 2013. Eine Analyse der Wahl vom 22. September 2013, Mannheim 2013 (Berichte der Forschungsgruppe Wahlen, Nr. 154).

ihm edierten Sammelband in den Mittelpunkt rückte, während in *Oskar Niedermayers* Band – wie schon bei vorangegangenen Wahlen – die Situation der Parteien im Zentrum steht.² Auch für die Bundestagswahl vom Herbst 2013 sind solche Publikationen in nächster Zeit zu erwarten. Verdienstvoll sind Analysen dieses Typs, weil sie relativ zeit- und auch gegenstandsnah argumentieren, es nicht primär um theoriegeleitete Erklärung geht, sondern Wahlen und Wählerverhalten kontextualisiert im Rahmen der Alltagswirklichkeit demokratischer Politik untersucht werden, wodurch man nach außen gerichtet die Anwendungsorientierung nicht aus dem Blick verliert. Allerdings sind analytische Reichweite und Erklärungspotential begrenzt, und es besteht die Gefahr, dass die Interpretationen des Datenumaterials allzu leicht lange eingefahrenen Erklärungsmustern verhaftet bleiben.

(3) Demgegenüber sind die im engeren Sinne wahlsoziologischen Untersuchungen, die im Fokus dieses Literaturessays stehen, forschungsorientiert und nach innen gerichtet. Es geht ihnen primär um Theoriediskurs und Methodentests, um Generalisierung durch die empirische Überprüfung und gegebenenfalls Erweiterung beziehungsweise Falsifizierung der gängigen Konzepte und Instrumentarien, nach Möglichkeit auf der Grundlage von Längsschnittanalysen über längere Zeiträume. Es handelt sich um „Analysen aus Anlass ...“ – so der durchaus programmatisch zu verstehende Untertitel der Bände der so genannten „Blauen Reihe“ –, um Grundlagenforschung und – wenn überhaupt – nur nachrangig um Untersuchungen einer konkreten Wahlwirklichkeit. Solche Analysen der scientific community für die scientific community können mittlerweile auf eine über fünfzigjährige Tradition zurückblicken. Dies gilt beispielsweise für (a) verschiedene Bestandsaufnahmen der Forschung, in unterschiedlichen Zeitabständen fortgeschrieben und/oder erneuert: im letzten Jahrzehnt der von *Markus Klein*, *Wolfgang Jagodzinski*, *Dieter Ohr* und *Ekkehard Mochmann* edierte Sammelband „50 Jahre empirische Wahlforschung in Deutschland“, das von *Jürgen W. Falter* und *Harald Schoen* verantwortete „Handbuch Wahlforschung“, jüngst das von *Rüdiger Schmitt-Beck* herausgegebene Sonderheft der PVS „Wählen in Deutschland“³; (b) die für jede Bundestagswahl seit 1976 erschienenen Bände der schon genannten „Blauen Reihe“: „Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass ...“, zuletzt der Band zur Bundestagswahl von 2009, ediert von *Bernhard Weßels*, *Harald Schoen* und *Oscar W. Gabriel*⁴; (c) die parallel publizierten Tagungsbände des Arbeitskreises „Wahlen und politische Einstellungen“ der DVPW, bezogen auf die Wahl von 2009 den von *Thorsten Faas*, *Kai Arzheimer*, *Sigrid Roßteutscher* und *Bernhard Weßels* herausgegebenen Band „Koalitionen, Kandidaten, Kommunikation“.⁵ Viele der dort versammelten Beiträge sind im Kontext des im Vorfeld

- 2 Vgl. *Eckhard Jesse* / *Roland Sturm* (Hrsg.), Bilanz der Bundestagswahl 2009. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen, Baden-Baden 2012; *Karl-Rudolf Korte* (Hrsg.), Die Bundestagswahl 2009. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung, Wiesbaden 2010; *Heinrich Oberreuter* (Hrsg.), Am Ende der Gewissheiten. Wähler, Parteien und Koalitionen in Bewegung, München 2011; *Oskar Niedermayer* (Hrsg.), Die Parteien nach der Bundestagswahl 2009, Wiesbaden 2011.
- 3 Vgl. *Markus Klein* / *Wolfgang Jagodzinski* / *Dieter Ohr* / *Ekkehard Mochmann* (Hrsg.), 50 Jahre empirische Wahlforschung in Deutschland. Entwicklung, Befunde, Perspektiven, Daten, Wiesbaden 2000; *Jürgen W. Falter* / *Harald Schoen* (Hrsg.), Handbuch Wahlforschung, Wiesbaden 2005; *Rüdiger Schmitt-Beck* (Hrsg.), Wählen in Deutschland (PVS Sonderheft 45), Baden-Baden 2012.
- 4 Vgl. *Bernhard Weßels* / *Harald Schoen* / *Oscar W. Gabriel* (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2009, Wiesbaden 2013.
- 5 Vgl. *Thorsten Faas* / *Kai Arzheimer* / *Sigrid Roßteutscher* / *Bernhard Weßels* (Hrsg.), Koalitionen, Kandidaten, Kommunikation. Analysen zu Bundestagswahl 2009, Wiesbaden 2013.

der Wahl von 2009 institutionalisierten Forschungsverbundes der „German Longitudinal Election Study (GLES)“ entstanden, ein von der DFG finanziertes langfristiges Vorhaben zu den Bundestagswahlen 2009 bis 2017.

Zu nennen ist last but not least der von *Evelyn Bytzek* und *Sigrid Roßteutscher* verantwortete Sammelband „Der unbekannte Wähler?“, der sich ganz bewusst zum Ziel gesetzt hat, einige der in der Öffentlichkeit vorherrschenden Wähler-Mythen durch empirische Überprüfung zu entlarven.⁶ Die Gründe für Entstehung und Dauerhaftigkeit solcher liebgewonnenen Vorstellungen in der größeren politischen Öffentlichkeit sehen sie zum einen in dem asynchronen „Produktionsrhythmus des Medienbetriebs einerseits und der wissenschaftlichen Wahlforschung auf der anderen Seite“, zweitens aber auch selbstkritisch im eigenen „Versagen des Wissenschaftsbetriebs“; als Folge der theoretischen und methodischen Komplexität der Forschung fehle es oft an Vermittlung oder diese sei unzulänglich, denn deren „Übersetzung in ‚Normalsprache‘ (bleibe) ... zu häufig aus“⁷. Tatsächlich gelingt es den Herausgebern und Autoren des Bandes, einige der wohlfeilen Erklärungsmuster abzuräumen. Dies gilt (mit den Beiträgen von *Philipp Scherer*, *Armin Schäfer*, *Aiko Wagner* und *Bernhard Weßels*) vor allem für die Thesen von der Entideologisierung und Personalisierung der Wählerentscheidung, für die Einschätzung und Bewertung von Wahl und Nicht-Wahl, im Blick auf die steigende Volatilität in der Wählerschaft und die Charakterisierung der Wechselwähler.

Auch wenn dies nicht im Fokus des verdienstvollen Bandes liegt, man hätte sich gewünscht, die wahlsoziologische Forschergemeinde hätte diesen zum Anlass genommen, in den vorstehend genannten Bestandsaufnahmen ähnlich selbstkritisch nach innen gerichtet die Tragfähigkeit der eigenen Konzepte und Instrumentarien grundsätzlich auf den Prüfstand zu stellen – normativ, analytisch und methodisch – und zu erörtern, ob und wenn ja welche Innovationen erforderlich sind, um die ebenso offenkundigen wie tiefgreifenden Veränderungen in den Rahmenbedingungen des Politik- wie des Wahlprozesses und damit der politischen Partizipation bei Wahlen angemessen zu erfassen. Dessen ungeachtet werden trotz oder gerade wegen der Ausdifferenzierung der Untersuchungsgegenstände und ihrer Bearbeitung deren paradigmatische Grundlagen nicht in Frage gestellt. Normativ steht man weithin in der Tradition der elitären, markt-liberalen Demokratietheorie von *Joseph Schumpeter* und *Anthony Downs* mit den Parteien als den zentralen Akteuren der Vermittlung zwischen Gesellschaft und Politik und einem Verständnis vom Wähler als (mehr oder minder instrumentell handelnden) Konsumenten mit der Auswahlmöglichkeit zwischen den Angeboten der politischen (Partei-)Eliten. Theoretisch folgt man – wenn auch in Varianten – dem sozial-psychologischen Ansatz der Ann Arbor-Schule und ihrer Determinanten-Trias. Methodisch dominieren Individualdatenanalysen auf repräsentativer Umfragebasis, während wahlökologische und experimentelle Analysen ein Schattendasein führen, wobei allerdings Ausnahmen die Regel bestätigen.⁸

6 Vgl. *Evelyn Bytzek* / *Sigrid Roßteutscher* (Hrsg.), *Der unbekannte Wähler? Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen*, Frankfurt am Main 2011.

7 *Dies.*, *Moderne Mythen und Fakten über das Wahlverhalten in Deutschland*, in: ebenda, S. 7 – 19, S. 11 f.

8 Siehe unter anderem die experimentellen Untersuchungen von *Katharina Rohrbach* / *Ulrich Rosar*, *Merkel reloaded: Eine experimentelle Untersuchung zur Relevanz von Geschlecht und physischer Attraktivität aus Anlass der Bundestagswahl 2009*, in: *Thorsten Faas* / *Kai Arzheimer* / *Sigrid Roßteutscher* / *Bernhard Weßels* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 5), S. 79 – 103; *Ina E. Bieber*, *Benach-*

Dieser weitreichende Konsens oder die „grundsätzliche Geschlossenheit“, auf die sich die deutsche Wahlforschung verständigt habe – so *Rüdiger Schmitt-Beck*⁹ in seiner Einführung –, hat (um es vorsichtig zu formulieren) nicht nur Vorteile. Er gestattet zwar die Bearbeitung einer großen Bandbreite von Themen und bietet sicheren Grund für die vielfach konzeptionell wie methodisch hoch komplexen Spezial-Analysen. Genannt seien beispielhaft *Tanja Rudis* und *Harald Schoens* durchaus kritische Anwendung des Konzepts „korrektes Wählen“ der US-amerikanischen Wahlforschung auf die deutschen Verhältnisse oder auch *Joachim Behnkes* und *Florian Baders* Beitrag zur Frage „Sophistisiertes Wählen“, deren Bedeutung jenseits des szientifischen Diskurses für die Wahlwirklichkeit allerdings fragwürdig bleibt.¹⁰ Hervorzuheben sind sodann die Beiträge, die die mehrdimensional veränderten Wettbewerbskonstellationen der Politik in den Blick nehmen und deren Konsequenzen für Wahlverhalten und Politik- wie Programmstrategien thematisieren. Dies betrifft den verflochtenen Mehrebenencharakter von Politik und Wahlen mit seinen wechselseitigen Einflüssen von EU-, Bundes- und Landespolitik auf die Wählerentscheidungen bei den Wahlen der jeweils anderen Ebene, die seit einiger Zeit (allerdings vor allem in anderen als den genannten Publikationen¹¹) neuerlich und jenseits der These von den so genannten „Nebenwahlen“ beziehungsweise „second order elections“ intensiv diskutiert werden. Und es betrifft die Konsequenzen der Pluralisierung des Parteienwettbewerbs in Richtung „fluides Fünf-Parteiensystem“ (*Oskar Niedermayer*) beziehungsweise auch volatiles Mehrparteiensystem im Blick auf die Koalitionsmöglichkeiten und -präferenzen der Parteien wie der Wähler und deren Einflüsse auf Parteistrategien und Wählerentscheidungen, die von *Evelyn Bytzek* in verschiedenen Beiträgen durchaus innovativ untersucht werden.¹² Den Konse-

teilung von Minderheiten: Eine experimentelle Untersuchung der Wirkung des Kandidatengeschlechts und der -herkunft auf das Wählerverhalten, in: ebenda, S. 105 – 128. Einführende Überblicks-Artikel über einige neuere Analyse-Verfahren liefern *Oscar W. Gabriel* / *Bettina Westle*, Wählerverhalten in der Demokratie. Eine Einführung, Baden-Baden 2012, passim.

- 9 Vgl. *Rüdiger Schmitt-Beck*, Empirische Wahlforschung in Deutschland: Stand und Perspektiven zu Beginn des 21. Jahrhunderts, in: *ders.* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 3), S. 2 – 39, S. 12.
- 10 Vgl. *Tanja Rudi* / *Harald Schoen*, Verwählt? Eine Analyse des Konzepts „korrektes Wählen“ bei der Bundestagswahl 2009, in: *Bernhard Wefßels* / *Harald Schoen* / *Oscar W. Gabriel* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 4), S. 407 – 425; *Joachim Behnke* / *Florian Bader*, Sophistisiertes Wählen bei der Bundestagswahl 2009 – gibt es diesbezügliche Anzeichen für Lerneffekte?, in: ebenda, S. 249 – 268.
- 11 Vgl. die Beiträge in Heft 3/2007 der ZParl, insbesondere *Oscar W. Gabriel* / *Everhard Holtmann*, Ober sticht Unter? Zum Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlen: Kontext, theoretischer Rahmen und Analysemodelle, in: ZParl, 38. Jg. (2007), H. 3, S. 445 – 462; sodann *Kerstin Völkl*, Reine Landtagswahlen oder regionale Bundestagswahlen? Eine Untersuchung des Abstimmungsverhaltens bei Landtagswahlen 1990-2006, Baden-Baden 2009; *dies.* / *Kai-Uwe Schnapp* / *Everhard Holtmann* / *Oscar W. Gabriel*, Wähler und Landtagswahlen in der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 2008; *Wolfgang Langer* / *Christian Rademacher* / *Kerstin Völkl*, Rationale Wähler im Mehrebenensystem? Individuelle Wahlabsichten bei Bundestags-, Landtags- und Europawahlen 2009, in: *Bernhard Wefßels* / *Harald Schoen* / *Oscar W. Gabriel* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 4), S. 452 – 474.
- 12 Vgl. *Evelyn Bytzek*, Präferenzbildung in Zeiten von „Koalitionspolygamie“: Eine Untersuchung von Einflüssen auf Koalitionpräferenzen bei der Bundestagswahl 2009, in: *Thorsten Faas* / *Kai Arzheimer* / *Sigrid Roßteutscher* / *Bernhard Wefßels* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 5), S. 43 – 56; *dies.* / *Thomas Gschwend* / *Sascha Huber* / *Eric Linhart* / *Michael F. Meffert*, Koalitionssignale und ihre Wirkungen auf Wählentscheidungen, in: *Rüdiger Schmitt-Beck* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 3), S. 393 – 417; *dies.*, Koalitionpräferenzen, Koalitionswahl und Regierungsbildung, in: *Bernhard Wefßels* / *Harald Schoen* / *Oscar W. Gabriel* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 4), S. 231 – 246.

quenzen des Wandels in der Parteienlandschaft wendet sich vor allem auch *Franz Urban Pappi* zu mit verschiedenen Beiträgen¹³ zum Zusammenhang von „Politikräumen und Policywahlen“. Dort analysiert er die Veränderungen in den Wettbewerbskonstellationen der Parteien und in den politisch-ideologischen sowie Policy-Positionen von Parteien und Wählern als Folge der Pluralisierung der Parteienlandschaft und der andersartigen räumlichen Konfigurationen im Drei-, Vier- und Fünf-Parteiensystem im Längsschnitt seit den Bundestagswahlen von 1980 ebenso einleuchtend wie praxisrelevant.

Indes, indem der paradigmatische Konsens in hohem Grade die Forschungsdesigns steuert (im Übrigen im wahlsoziologischen Mainstream und nicht in *der* deutschen Wahlforschung in ihrer Gesamtheit), verkürzt oder verstellt er den Blick auf differenzierende und/oder alternative Erklärungsversuche. Exemplarisch kann man dies insbesondere auf zwei Feldern zeigen: zum einen an den Untersuchungen zu Wahl und Nicht-Wahl und der Frage nach den Gründen des Bedeutungsverlustes der so genannten Wahlnorm wie des damit verbundenen epochalen Rückgangs konventioneller Partizipation bei Wahlen; zweitens an den Beiträgen, die sich mit den Wandlungstendenzen im Verhältnis der Trias von Sozialstruktur/Parteidentifikation – Issues – Kandidaten auf die individuelle Wählerentscheidung beschäftigen.

Christina Eder fragt in ihrem Beitrag „Warum haben sie nicht gewählt?“ nach den Gründen von Nicht-Teilnahme an der Bundestagswahl von 2009¹⁴, wobei es ihr nicht um den soziostrukturellen Hintergrund, sondern um die Einstellungen der Wähler selbst geht. Als Motive diskutiert sie Unzufriedenheit, Desinteresse, Indifferenz, Zufriedenheit und Entfremdung. Sie orientiert sich dabei an den demokratietheoretisch unterschiedlich hergeleiteten Positionen, die Wahlabstinz auf Systemzufriedenheit oder Entfremdung, auf Desinteresse oder Protest zurückführt. Aufgrund der Ergebnisse scheidet sie Zufriedenheit mit den Verhältnissen als Nicht-Wahl-Motiv aus, differenziert die Parteidentifikation zwischen Wahlbeteiligung und Nicht-Wahl, so dass es vier Hauptgründe seien, die zur Nicht-Wahl führten: „mangelnde Auswahl an Kandidaten, Parteien und Programmen, Unzufriedenheit mit der Politik, Desinteresse ...“ und das Gefühl, „nicht ausreichend repräsentiert zu sein“¹⁵. Entfremdung spielt demnach nur eine geringe Rolle.

Zu deutlich anderen Ergebnissen kommt der Beitrag „Düstere Zukunft: Es gibt wieder Wahlen und niemand geht hin?“ von *Bettina Westle*, *Thomas Schübel* und *Aribert Heyder*.¹⁶ Als Ursachen von Nicht-Wahl diskutieren die Autoren vier Modelle und unterscheiden jeweils kurzfristige von dauerhaften Nicht-Wahl-Motiven; konkret steht der durch Desin-

13 Vgl. *Franz Urban Pappi*, Wahrgenommenes Parteiensystem und Stimmenwettbewerb in Deutschland seit 1980, in: *Bernhard Weßels / Harald Schoen / Oscar W. Gabriel* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 4), S. 315 – 336; *ders. / Jens Brandenburg*, Die Politikvorschläge der Bundestagsparteien aus Wählersicht. Zur Konstruierbarkeit von Politikräumen für das deutsche Fünfparteiensystem, in: *Rüdiger Schmitt-Beck* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 3), S. 276 – 301.

14 Vgl. *Christina Eder*, Warum haben Sie nicht gewählt? Eine Analyse der Bundestagswahl 2009, in: *Thorsten Faas / Kai Arzheimer / Sigrid Roßteutscher / Bernhard Weßels* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 5), S. 17 – 39.

15 Ebenda, S. 31.

16 Vgl. *Bettina Westle / Thomas Schübel / Aribert Heyder*, Düstere Zukunft: Es gibt wieder Wahlen, aber niemand geht hin?, in: *Bernhard Weßels / Harald Schoen / Oscar W. Gabriel* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 4), S. 475 – 495.

teresse charakterisierten „konjunkturellen Politikdistanz“ die dauerhafte „generalisierte Politikdistanz“ gegenüber, die „konjunkturelle Politikkritik“, das heißt die Unzufriedenheit mit Kandidaten und Themen, der „generalisierten“ Politikkritik“, das heißt der dauerhaften Unzufriedenheit mit den Akteuren der Politik und dem demokratischen System schlechthin. Die Operationalisierung der Modelle wie die Ergebnisse überzeugen. Die Autoren finden statistische Evidenzen für die konjunkturellen wie die generalisierten Motive, jedoch würden die generalisierten überwiegen; zudem bestünden Zusammenhänge zwischen ihnen, dürften, sollte das Politikangebot auf längere Sicht unattraktiv sein und bleiben, die konjunkturellen Motive in generalisierte umschlagen.¹⁷ Allerdings bleiben in beiden Beiträgen wohl aus konzeptionellen Gründen und nicht von ungefähr die Frage nach dem sozialstrukturellen Hintergrund, aber auch die nach den (vormaligen) Parteipräferenzen der Nichtwähler und deren ähnliche oder unterschiedliche Nicht-Wahl-Motive außer Acht. Insofern fehlen ihnen wichtige Aspekte zu einem umfassenderen Verständnis des epochalen Prozesses sinkender Wahlbeteiligung. Denn: So unbestritten es ist, dass die Motive für Nichtwahl vielschichtig sind und Nichtwähler aus allen Wählerschichten stammen, so eindeutig ist auch, dass wir seit geraumer Zeit, wie die jüngste Partizipationsstudie der Bertelsmann-Stiftung formulierte, in einer (sozial) „gespaltenen Demokratie“ leben.¹⁸ Die Korrelation des so genannten „Standardmodells politischer Partizipation“ mit seiner sozialen Asymmetrie zuungunsten der „einfachen Leute“ und der sozial Schwächeren in der Gesellschaft besteht nicht nur fort, sondern ist deutlich akzentuiert worden, wie nicht nur die Bertelsmann-Studie, sondern verschiedene aktuelle Untersuchungen zeigen, nicht zuletzt die auf Individual- wie Aggregatdaten gestützten Untersuchungen *Armin Schäfers*.¹⁹ Dies hat machtpolitische Konsequenzen, denn Nichtwähler neigen „stärker Mitte-Links-Parteien“²⁰ zu, die – wie bereits die deskriptiven Wahlergebnis-Zahlen, aber auch die Modellrechnungen der Wählerwanderungsbilanzen von Infratest dimap 2009 und 2013²¹ signalisieren – seit langem bei den Wahlen aller Ebenen ein beachtliches Problem haben, ihre potentiellen Anhänger zu überzeugen und zur Stimmabgabe zu bewegen. Die These von der asymmetrischen (De-)Mobilisierung, mit der man die Abwanderung (laut Infratest dimap von rund zwei Millionen) vormals sozialdemokratischer Wähler in die Nichtwahl bei der Wahl von 2009 allenthalben erklären zu können glaubte, dürfte durch die Ergebnisse vom Herbst 2013 nachdrücklich erschüttert sein. Die darauf bauende Wahlkampfstrategie der SPD zur Mobilisierung potentieller Anhänger aus dem Nicht-Wähler-Lager verfiel jedenfalls nicht. Der beständige Rückgang der Wahlbeteiligung hat weniger konjunkturelle, kurzzeitig revidierbare, sondern wohl eher strukturelle Gründe: zum einen den Bedeutungsverlust der Wahlnorm, wodurch der Einfluss der sozialen Asymmetrie in der politischen Beteiligung auf die makropolitischen Ergebnisse bundesrepublikanischer Wahlen

17 Vgl. ebenda, S. 490 f.

18 Vgl. *Thomas Petersen | Dominik Hierlemann | Robert B. Vebrkamp | Christopher Wratil*, Gespaltene Demokratie. Politische Partizipation und Demokratiezufriedenheit vor der Bundestagswahl 2013 (Studie von IfD Allensbach/Bertelsmann Stiftung), Gütersloh 2013.

19 Vgl. *Armin Schäfer*, Der Nichtwähler als Durchschnittsbürger: Ist die sinkende Wahlbeteiligung eine Gefahr für die Demokratie?, in: *Evelyn Bytzek | Sigrid Rofsteutscher* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 6), S. 133 – 154; *ders.*, Beeinflusst die sinkende Wahlbeteiligung das Wahlergebnis? Eine Analyse kleinräumiger Wahldaten in deutschen Großstädten, in: PVS, 53. Jg. (2012), H. 2, S. 240 – 264.

20 *Armin Schäfer*, Der Nichtwähler als Durchschnittsbürger, a.a.O. (Fn. 19), S. 153.

21 Vgl. Infratest dimap, Wahlreport 2009 und 2013, a.a.O. (Fn. 1).

cher zu- als abgenommen haben dürfte, zum zweiten die grundsätzliche Abkehr in Form „generalisierter Politikkritik“ und der Entfremdung vom politischen System. Politiktheoretische Erklärungen hierfür können am ehesten Überlegungen in Anlehnung an *Albert O. Hirschmans*²² Konzepte von „Voice und Exit“ sowie „Engagement und Enttäuschung“ liefern, und zwar vor allem, wenn sie die verschiedenen Formen konventioneller und unkonventioneller, von repräsentativ-demokratischer wie direkt-demokratischer Partizipation auf ihre Zusammenhänge hin untersuchen.

Die Wähler sind ohne Frage mobiler geworden. Ihr Verhalten ist schon seit geraumer Zeit in der Bundesrepublik wie in den vergleichbaren westlichen Demokratien vom Rückgang beziehungsweise der Lockerung der sozialstrukturellen Bindungen / Cleavages bestimmt; gleichzeitig nimmt die Parteiidentifikation ab, steigt mit der Volatilität auch die Bereitschaft zum Parteiwechsel. Dies wirft eine ganze Reihe wichtiger Fragen auf: Ist der Wandel in der Berufsstruktur und den Milieus quantitativer und/oder qualitativer Natur? Treten zu den überkommenen gesellschaftlichen Konfliktmustern neue hinzu? Handelt es sich um Dealignment- oder doch um Realignment-Prozesse? Was, wenn überhaupt, tritt an die Stelle der schwindenden Parteiidentifikation? Gewinnen die situativen wie konjunkturellen Kurzzeiteinflüsse, Kandidaten und Issues, an Bedeutung bei der Wählerentscheidung? Welche Rolle spielen politisch-ideologische Einflüsse? Diese Reihe ließe sich leicht verlängern. Sie werden in der einen oder anderen Art und Weise in den Bänden auch thematisiert. Mit innovativen Antworten tut man sich allerdings schwer, zumal man vielfach auf den eingefahrenen Wegen verbleibt. Die Antworten fallen zudem widersprüchlich aus. Dies betrifft die Frage nach dem Stellenwert der Cleavages genauso wie den der Parteien und der Parteiidentifikation.

Einerseits konstatieren verschiedene Beiträge die Fortexistenz der beiden tradierten Cleavages, des sozial-ökonomischen der wohlfahrtsstaatlichen Ausprägung des Konfliktes zwischen Kapital und Arbeit sowie der konfessionell-religiösen Konfliktlinie.²³ Andererseits befasst sich allein der Beitrag von *Walter Müller* und *Markus Klein* mit der Frage, ob und wie sich die Klassenbasis in den Parteipräferenzen vor dem Hintergrund des berufsstrukturellen Wandels mit der offenkundigen Ausdifferenzierung in der Berufswelt von Angestellten und Beamten verändert habe und ob dies zur Herausbildung dauerhafter neuer Konfliktstrukturen führen könne.²⁴ Die Autoren knüpfen dabei an das Untersuchungsdesign an, das *Walter Müller* bereits 1998 vorgestellt hatte, und unterstreichen die Thesen von der Ausdifferenzierung und den widerstreitenden Interessen von „Administrativer Dienstklasse“ (das heißt die Manager und weitere Beschäftigte mit Leitungsfunktionen, insbesondere in der Privatwirtschaft) und „sozialer und kultureller Dienstklasse“ (Erwerbstätige unter

22 Vgl. *Albert O. Hirschman*, *Engagement und Enttäuschung*, Frankfurt am Main 1984; *ders.*, *Abwanderung und Widerspruch: Reaktionen auf Leistungsabfall bei Unternehmungen, Organisationen und Staaten*, Tübingen 1990 [englisch 1970].

23 Vgl. unter anderem *Marc Debuss*, *Sozialstrukturelle und einstellungsbasierte Determinanten des Wahlverhaltens und ihr Einfluss bei Bundestagswahlen im Zeitverlauf: Westdeutschland 1976 bis 2009*, in: *Rüdiger Schmitt-Beck* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 3), S. 40 – 62; *Sigrid Rofsteutscher*, *Die konfessionell-religiöse Konfliktlinie zwischen Säkularisierung und Mobilisierung*, in: ebenda, S. 111 – 133.

24 Vgl. *Walter Müller / Markus Klein*, *Die Klassenbasis in der Parteipräferenz des deutschen Wählers. Erosion oder Wandel?*, in: ebenda, S. 85 – 110.

anderem in Bildung, sozialer und medizinischer Versorgung, Kultur und Medien), wobei letztere den „klassenstrukturellen Kern“ der grünen Wählerschaft ausmachen, hingegen die Erwerbstätigen der „administrativen Dienstklasse den Grünen gegenüber eine ausgesprochene Gegenposition“²⁵ einnehmen würden. Die Polarisierung zwischen den Dienstklassen habe zudem im Zeitverlauf zugenommen, da die Unterschiede in den jüngeren Wählergruppen deutlich stärker als in den älteren ausgeprägt seien. Dies bestätigt einmal mehr wichtige Annahmen der ursprünglich von *Karl Mannheim* in den 1920er Jahren entwickelten und in den 1970er Jahren reformulierten Generationentheorie der politischen Sozialisationsforschung.²⁶ Im Mainstream der Wahlforschung lösten die Untersuchungen von *Walter Müller* allerdings weder ein breites Echo noch ein Umdenken aus. Völlig unbeachtet in den vorgestellten Bänden bleiben die Debatten um die Entstehung neuer Cleavages etwa im Gefolge der Globalisierung und Europäisierung der Sozialkonflikte, wie sie beispielsweise mit guten Gründen und belastbaren empirischen Belegen von den Forschergruppen um *Hanspeter Kriesi* und *Edgar Grande* formuliert wurden.²⁷

Einen ähnlichen widersprüchlichen Eindruck hinterlassen die Beiträge im Blick auf den Wandel im Stellenwert der Parteiidentifikation und im Verhältnis von Langfristfaktoren und Kurzzeiteinflüssen in der Determinanten-Trias. Einerseits betonen zahlreiche Autoren zu Recht die fortdauernde Bedeutung der Parteiidentifikation und verweisen auf deren Filterwirkung, etwa im Beitrag „Parteispezifisches Issue-Voting bei den Bundestagswahlen 2002 bis 2009“ von *Paul W. Thurner*, *Ingrid Mauerer* und *Martin Binder* oder auch in der erhellenden Analyse über die Einstellungen zur Sozialstaatsreform von *Oscar W. Gabriel*, *Jürgen Bauknecht* und *Mirjam Dageförde*.²⁸ Wieder andere warnen nachdrücklich vor der in der öffentlichen Wahrnehmung gängigen Überbewertung des Einflusses von Kandidatenalternativen und der Personalisierung der Wählerentscheidung.²⁹ Verschiedentlich herausgestrichen wird zudem die wachsende Bedeutung politisch-ideologischer Einstellungen, allerdings zumeist eindimensional entlang des gängigen Rechts-Links-Schemas und angewandt zur Überprüfung und Untermauerung der fortdauernden Ost-West-Spaltung im deutschen Elektorat.³⁰

25 Ebenda, S. 90.

26 Vgl. *Rainer-Olaf Schultze*, Trends der Wahlforschung, in: *Uwe Andersen* (Hrsg.), Die Wahl des Deutschen Bundestages, Schwalbach am Taunus 2013, S. 107 – 137.

27 Vgl. *Hanspeter Kriesi | Edgar Grande | Romain Lachat | Martin Dolezal | Simon Borschier | Timotheos Frey*, West European Politics in the Age of Globalization, Cambridge 2008; *Hanspeter Kriesi | Edgar Grande | Martin Dolezal | Marc Helbling | Dominic Höglinger | Swen Hutter | Bruno Wüest*, Political Conflict in Western Europe, Cambridge 2012.

28 Vgl. *Paul W. Thurner | Ingrid Mauerer | Martin Binder*, Parteispezifisches Issue-Voting bei den Bundestagswahlen 2002 bis 2009, in: *Rüdiger Schmitt-Beck* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 3), S. 302 – 320; *Oscar W. Gabriel | Jürgen Bauknecht | Mirjam Dageförde*, Die Einstellungen der Bundesbürger zur Reform des Sozialstaates als Bestimmungsfaktoren der Parteipräferenz, in: *Bernhard Wefßels | Harald Schoen | Oscar W. Gabriel* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 4), S. 174 – 205.

29 Vgl. *Aiko Wagner | Bernhard Wefßels*, Kanzlerkandidaten – Wie beeinflussen sie die Wahlentscheidung?, in: *Rüdiger Schmitt-Beck* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 3), S. 345 – 370; *dies.*, Repräsentation durch Parteien und Kandidaten in vergleichender Perspektive – was macht den Unterschied für das Wahlverhalten?, in: *Bernhard Wefßels | Harald Schoen | Oscar W. Gabriel* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 4), S. 553 – 574.

30 Vgl. unter anderem *Anja Neundorff*, Die Links-Rechts-Dimension auf dem Prüfstand: Ideologische Einstellungen und Wahlverhalten im vereinten Deutschland 1990 bis 2008, in: *Rüdiger Schmitt-Beck* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 3), S. 227 – 250.

Dies gilt auch für die Analyse von *Sigrid Roßteutscher* und *Philipp Scherer*³¹, die allerdings die politisch-ideologische Rechts-Links-Dimension mehrdimensional ökonomisch, ökologisch und emanzipatorisch konzeptualisieren, und zwar im Spannungsfeld von Sozialismus versus Kapitalismus beziehungsweise Staat versus Markt, Nachhaltigkeit versus Wachstum und Inklusion versus Exklusion. Ihre Konzeptualisierung ähnelt vergleichbaren politisch-ideologischen Konfliktmustern, die allerdings schon vor geraumer Zeit vorgetragen worden sind, etwa von *Joachim Raschke* oder auch *Infratest dimap*.³² Deren gestiegene Bedeutung für die Wählerentscheidung scheint jedenfalls offenkundig. Damit drängt sich in Anbetracht der mindestens quantitativen Abnahme, wohl aber auch der qualitativen Lockerung der Parteiidentifikation die Frage auf, ob nicht solche politisch-ideologischen Grundorientierungen als funktionales Äquivalent zunehmend an die Seite oder auch an die Stelle der Parteiidentifikation treten könnten. Der von *Warren E. Miller* und *J. Merrill Shanks* reformulierte Kausalitätstrichter des Ann Arbor-Ansatzes legt dies jedenfalls nahe³³; die Richtung, die die Wechselwähler bis heute überwiegend einschlagen, nämlich der Wechsel zwischen Wahl und Nicht-Wahl sowie innerhalb der Parteilager, untermauert eine derartige Interpretation empirisch. Dass derartige Fragen vom Mainstream der Wahlforschung nur höchst selten erörtert werden, überrascht. Es zeigt einmal mehr, wie schwer man sich mit innovativen oder gar alternativen Fragestellungen jenseits der paradigmatischen Grenzen tut.

- 31 Vgl. *Sigrid Roßteutscher / Philipp Scherer*, Links und rechts im politischen Raum: eine vergleichende Analyse der ideologischen Entwicklung in Ost- und Westdeutschland, in: *Bernhard Wefels / Harald Schoen / Oscar W. Gabriel* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 4), S. 380 – 406.
- 32 Vgl. *Joachim Raschke*, Zwei Lager, drei Mehrheiten und der regierende Zufall. Zur Einordnung der Bundestagswahl 2002, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 16. Jg. (2003), H. 1, S. 14 – 24; *Infratest dimap*, Wahlreport Bundestagswahl. Eine Analyse der Wahl vom 22. September 2002, Berlin 2002; vgl. *Rainer-Olaf Schultze*, Strukturierte Vielfalt als Wählerentscheidung heute? Eine Analyse der Bundestagswahl vom 22. September 2002, in: *Eckhard Jesse* (Hrsg.), Bilanz der Bundestagswahl 2002, München (Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit) 2003, S. 71 – 100, S. 98 ff.
- 33 Vgl. *Warren E. Miller / J. Merrill Shanks*, *The New American Voter*, Cambridge, MA 1996.